

Anja Schmidt-Kleinert

Große Handlungsunsicherheit und größerer Handlungsdruck.

Rezension zu Marc Grimm, Sarah Jadwiga Jahn, Jana-Andrea Frommer, Jakob Baier, Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei: Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen, 13. Juni 2024. EMPATHIA³ WORKING PAPER SERIES No.1, 95 Seiten, <https://doi.org/10.46586/E3.300>

Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie sind „Wahrnehmungen von Antisemitismus bei Polizist*innen“ (s. Ausblick); Ziel der Untersuchung ist es, „polizeiliche Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen zu den Themenfeldern jüdisches Leben und Antisemitismus darzulegen sowie Wissens- und Kompetenzbedarfe aus der Polizeipraxis zu identifizieren“ (S. 9). „[Es] wurde analysiert, welches Wissen die Polizeikräfte über jüdisches Leben und Antisemitismus besitzen, welche Herausforderungen sie bei der Erkennung von Antisemitismus erleben und welches Handlungswissen sie für eine effektive Prävention, den adäquaten dienstlichen Umgang mit antisemitischen Vorfällen und die polizeiliche Bildung als notwendig erachten. Die Studie soll somit Auskunft über die Bedeutung des Antisemitismus im Bereich der Polizeiarbeit geben und darüber hinaus neue Erkenntnisse für die Entwicklung von berufsspezifischen Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen“ (S. 9-10) bieten. Dafür führten die Autor*innen 39 qualitative Interviews mit Polizist*innen in verschiedenen Funktionen und verschiedenen Dienststellen in Nordrhein-Westfalen.

Die Studie wurde durchgeführt im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekts **EM**powering **P**olice **O**fficers and **T**each**E**rs in **A**rguing **A**gainst **A**ntisemitism (EMPATHIA³). Die Studie erschien im Rahmen einer eigens im Projekt implementierten Working Paper-Reihe, die dem Wissenschafts-Praxis-Transfer dienen soll, und soll als erster Schritt zur Entwicklung eines „Kerncurriculum[s] zur Antisemitismusprävention für die Zielgruppen [des Projektes, zukünftige Polizist*innen und Lehrer*innen]“ dienen. Als Ziele des Verbundvorhabens EMPATHIA³, zu dessen Erreichung auch die vorliegende Studie beitragen soll, werden auf der Projektwebsite folgende Aspekte genannt: „EMPATHIA³ zielt darauf ab, künftige Staatsbedienstete schon in der Ausbildung für den Umgang mit Antisemitismus zu professionalisieren. Ein zentrales Ziel des Projekts besteht darin, ein Kerncurriculum Antisemitismusprävention (KAP) zu entwickeln, das Wissensbestände zusammenfasst, die die Zielgruppen potentiell dazu befähigen, Antisemitismus zu erkennen, zu benennen und demgegenüber professionell agieren zu können. Ein weiteres Ziel besteht darin, einen standardisierten Test zu entwickeln, der auf das Kerncurriculum bezogen ist (KAP-Test). Dieser dient dazu, die Wirksamkeit des dritten Ziels, die Entwicklung und Durchführung von Workshops für unsere Zielgruppen, zu überprüfen (KAP-Intervention)“ (Brauch, 2024, S. IV). Die Autor*innen der vorliegenden Studie sind gleichzeitig die Durchführenden des EMPATHIA³-Projektes bzw. die Projektverantwortlichen (S. II). Jakob Baier forscht zu Antisemitismus der Gegenwart mit einem Schwerpunkt auf Antisemitismus in der Kulturproduktion und

verantwortet er gemeinsam mit Marc Grimm außerdem die Entwicklung eines Kerncurriculums zur Antisemitismusprävention und -repression (KAP) für die Ausbildung künftiger Polizist*innen und Lehrer*innen innerhalb des Verbundprojekts EMPATHIA³.

Marc Grimm beschäftigt sich mit Fragen der Bildung gegen Antisemitismus und leitet das Bielefelder Teilprojekt „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zu aktuellem Antisemitismus in jugendlichen Milieus und zu Einstellungen bei Polizist*innen“ des BMBF-Verbundforschungsprojekts EMPATHIA³. Jana-Andrea Frommer arbeitet zu Fragen die Polizei und Sicherheit u. a. im Kontext Flucht, Migration und Antisemitismus betreffend und ist im Rahmen des Verbundprojekts mit den Themen Empathie, Professionalität und Wissenstransfer beschäftigt. Sarah Jadwiga Jahn forscht zur Regulierung von Religion in öffentlichen Einrichtungen (Kommune, Polizei, Schule, Strafvollzug) und verantwortet im EMPATHIA³-Verbundprojekt das Teilprojekt zur Verortung von Antisemitismus in der Polizeiausbildung am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Das Working Paper startet klassisch mit einer der eigentlichen Studie vorangestellten Kurzzusammenfassung zentraler empirischer Ergebnisse sowie der wichtigsten Handlungsempfehlungen; gemäß der eingangs erläuterten Arbeitshypothese konzentrieren sich diese Empfehlungen auf solche im Bildungs- bzw. Fortbildungsbereich. Das wird unterstrichen durch eines der zentralen Forschungsergebnisse der Studie: Mangelndes Wissen wird von den Interviewpartner*innen u. a. auf „fehlende Lerngelegenheiten“ (S. 3) zurückgeführt. Wesentlich weniger diskutiert werden in diesem Zusammenhang andere Aspekte der Antisemitismusprävention wie (die Bearbeitung von) Einstellungsmuster(n) und Stereotype(n) der Befragten bzw. der Zielgruppen des zu erarbeitenden Kerncurriculums (ausführlicher dazu unten). Zentrale Handlungsempfehlungen für die Schaffung von Bildungsangeboten werden darauf basierend für verschiedene Funktionsbereiche der Polizei formuliert.

In einer kurzen Einleitung greifen die Autor*innen die Bedeutung des Untersuchungsgegenstandes auf und ordnen ihn ein in aktuelle aber auch mittelfristige gesellschaftliche Entwicklungen; sie verweisen dabei vor allem auf die seit Jahren steigenden Zahlen antisemitischer Straftaten. Die Autor*innen weisen jedoch darauf hin, dass Polizist*innen auf der einen Seite dieselben Einstellungen und Wissenslücken mit Blick auf Antisemitismus und jüdisches Leben zeigen, ihnen jedoch auf der anderen Seite eine besondere Verantwortung zukommt, wenn es darum geht, antisemitische Straftaten zu verhindern oder zu erkennen und Betroffenen solcher Straftaten Schutz zu bieten oder auch nur empathisch zu reagieren. Die Autor*innen erwähnen in diesem Zusammenhang leider nicht, dass auch Polizeikräfte als Mitglieder der Gesellschaft Teil dieser gesellschaftlichen Entwicklungen sind. Erst im weiteren Verlauf der Studie wird darauf verwiesen, dass antisemitische Vorfälle in internen Chatgruppen in verschiedenen Polizeidezernaten bspw. in Nordrhein-Westfalen und Hessen aufgedeckt wurden (vgl. Fußnoten S. 19 und 25). Es wird jedoch im Rahmen der Studie nicht deutlich, ob auch Befragte aus den entsprechenden Polizeiwachen in NRW an der Studie teilnahmen oder angefragt wurden.

Die Autor*innen machen allgemeine Bildung zu jüdischer Geschichte und Kultur sowie spezifische Fortbildung, um gerade auch aktuelle Formen von Antisemitismus zu erkennen, zum Schlüssel für erfolgreiche präventive und repressive Polizeiarbeit (vgl. S. 10-11). Vor diesem Hintergrund diskutieren sie im zweiten Kapitel nach einem kurzen Überblick über das Phänomen des Antisemitismus und dem Verweis auf die IHRA-Arbeitsdefinition zum Antisemitismus als Basis für die empirische Erhebung ihre These, dass Bildung die Grundlage für Antise-

mitismus (Kapitel 2.2) und für repressive Antisemitismusbekämpfung und Opferschutz (Kapitel 2.3) schaffe, genauer. Indem sie sich auf die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ der Bundesregierung (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, 2022) berufen, identifizieren die Autor*innen „Bildung als Antisemitismusprävention“ (S. 14) als zentralen Ausgangspunkt für ihre eigene Erhebung. Dies schließe, so die Autor*innen, neben der „Förderung einer demokratisch-rechtsstaatlichen und vorurteilsfreien Haltung sowie der Aufklärung über den historischen Antisemitismus und die Shoah“ (ibid.) auch die „Vermittlung von Sachinformationen über die Ausprägungen des Antisemitismus und insbesondere dessen aktuelle Erscheinungsformen“ (ibid.) ein. Aber auch für den repressiven Teil von Polizeiarbeit im Bereich der Verfolgung antisemitischer Straftaten und der Verhinderung solcher insbesondere im Bereich des Objektschutzes jüdischer Einrichtungen setzen die Autor*innen Bildung in Form von fachspezifischem Wissen zentral (vgl. S. 15-16).

In Kapitel 3 werden das Forschungsziel und Methode der zugrundeliegenden Erhebung vorgestellt. Es wurde versucht, eine größtmögliche Varianz der Befragten mit Blick auf städtischen vs. ländlichen Raum, Funktionsbereich, Regierungsbezirk, regionale und soziodemographische Merkmale herzustellen (S. 17). Das gelingt den Autor*innen hinsichtlich des Geschlechts der Befragten und deren Einsatzort in eher ländlich geprägten Polizeidienststellen nur bedingt; hinsichtlich der Altersverteilung der Interviewteilnehmenden geben sie keine Auskunft. Zum besseren Verständnis und zur Einordnung der Aussagen seitens der Lesenden wäre es hilfreich gewesen, zumindest in einer verallgemeinerten Analyse im Rahmen der Formulierung der Schlussfolgerungen, auf diese Kriterien nochmals gesondert einzugehen. So lässt sich leider nur bedingt nachvollziehen, ob einzelne Aussagen, die auffallen, weil sie nicht die Meinung der Mehrheit der Befragten widerspiegeln, in Zusammenhang mit Geschlecht oder Alter der Befragten stehen oder vielleicht tatsächlich besonders reflektierte bzw. unreflektierte Personen präsentieren. Wie oben bereits erwähnt, wäre es m.E. auch wichtig gewesen, solche Polizeidienststellen in die Erhebung mit einzubeziehen, in denen interne antisemitische Vorfälle bekannt wurden. Auch mit diesem Hintergrundwissen hätte man in eingeschränktem Maße Schlussfolgerungen über die getätigten Äußerungen darüber ziehen können, ob es sich um die Einstellungen von Einzelpersonen handelt oder ob bestimmte erfüllte Kriterien innerhalb der Gruppe der Befragten Verallgemeinerungen zulassen und damit auf ein größeres Problem hinweisen. Für ein besseres Leseverständnis hätte es zudem geholfen, im Verlauf der empirischen Ergebnisse nicht nur Kodierungen der Kriterien anzugeben, sondern auch noch einmal besonders relevante Kriterien zu nennen.

In den folgenden beiden Kapiteln beschreiben die Autor*innen zum einen das Verständnis der Studienteilnehmenden von Antisemitismus und jüdischem Leben, Wissen über Antisemitismus sowie „blinde Flecken“ in deren Wahrnehmungen von Antisemitismus. Die Aussagen der Befragten dazu sind tatsächlich nicht überraschend. Vielmehr spiegeln sie das weit verbreitete Unwissen über jüdisches Leben in Deutschland und Antisemitismus sowie deren historische Beschränkungen auf die Shoah oder als Problem, das durch meist als muslimisch gelesene „Andere“ verursacht wird (Stichwort: „importierter Antisemitismus“) wider. Auch für andere Staatsbedienstete wie Justizangehörige (Zachrau, 2024; Schuch, 2024) und Lehrer*innen (Bernstein, 2020; Chernivsky & Lorenz, 2020) haben das bereits Studien gezeigt. Mit Blick auf die besondere gesellschaftliche Rolle dieser Berufsgruppen für Bildung, Prävention und Verfolgung von Straftaten sowie Rechtsprechung sind diese Wissenslücken jedoch fatal. Gleich-

zeitig sind aber die als „blinde Flecken in der Wahrnehmung von Antisemitismus“ dargestellten Reaktionen der Befragten auf Fallvignetten zu aktuellen Formen von Antisemitismus schockierend und hätten eine detaillierte Darstellung verdient. Alle drei Fälle repräsentieren aktuelle Ausprägungen von Antisemitismus, wie sie im Polizeialltag vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Entwicklungen nicht selten auftreten dürften, und in allen drei Fällen scheitern offenbar die meisten Befragten daran, diese Fälle als antisemitische Vorfälle zu erkennen. Diese „blinden Flecken“ in der Polizeiarbeit müssen schnell und effektiv reduziert werden, und hier kann tatsächlich die im Kerncurriculum des EMPATHIA³-Verbundvorhabens geplante Vermittlung von Fachwissen helfen. Aber die Fallbeispiele verdienen eine differenziertere Analyse anhand der selbst gewählten Erhebungskriterien, so dass das geplante Curriculum zielgruppengenau angepasst werden kann.

In Kapitel 5 schließlich stellen die Autor*innen die Wertvorstellungen und Kompetenzen der Befragten dar. Wie auch im vorigen Kapitel überraschen die Ergebnisse wenig und ordnen sich in allgemeinere Erkenntnisse zu Professionalität und Professionalisierung ein. So halten die Interviewpartner*innen vor allem für wichtig, eine bestimmte prodemokratische Werthaltung zu entwickeln, aber auch sozio- und interkulturelle bzw. diversity-Kompetenz und damit verbundene Empathiefähigkeit zu haben bzw. anzueignen (vgl. S. 43-44). Des Weiteren reichen die Aussagen einzelner von unreflektiertem eigenem Handeln und Vertrauen auf die eigene „gesunde Menschenkenntnis“ (S. 44) hin zur Reflexion der eigenen Vorurteile, wenn „die Bedeutung einer eigenständigen Selbstreflexion schwieriger Einsätze“ (ibid.) im Zusammenhang mit eigenen Vorurteilen betont wird. Als fatal ist meines Erachtens im Zusammenhang mit der eigenen Werthaltung der wiederholte Verweis von Interviewpartner*innen auf ein „Neutralitätsgebot“ bzw. eine „Verpflichtung zur Neutralität“ (s. bspw. S. 48), das von den Autor*innen fraglos übernommen wird, zu lesen. Auch hier müssen Polizeibeamte wie andere o.g. Staatsbedienstete stärker in den Fokus geraten (vgl. auch Lembke, 2024; Cremer, 2019) in dem Bestärken, Reflektieren und Bilden, „Neutralität“ vor dem Hintergrund eines staatlichen Auftrags zu verstehen, der prodemokratisch und rechtsstaatlich auf der Basis der Grundgesetzes Schwache stärkt und schützt und eben nicht alle politischen Meinungen als gleichberechtigt betrachtet, auch wenn sie menschenverachtend sind. Interessant ist in diesem Kontext auch, dass die Befragten keine teaminterne Supervision oder andere begleitete Formen der Bearbeitung von Handlungsunsicherheiten nennen, einzelne Befragte machten in diesem Zusammenhang allerdings Vorschläge zur effektiveren Nutzung und Stärkung bereits bestehender Strukturen wie Supervisionsbeauftragte.

Auch die Autor*innen hinterfragen die Aussagen der Befragten nicht kritisch (genug) und offenbaren damit stellenweise umso mehr eigene „blinde Flecken“, wenn sie sich allein auf Bildungsformate fokussieren. In diesem Zusammenhang ist der vorrangig beschreibende Charakter der Studie, auf den die Autor*innen eingangs verweisen und die damit verbundene Entscheidung, die Angaben der Befragten ins Zentrum der Darstellungen zu stellen, deren größtes Manko. Vor diesem Hintergrund bleiben einige offene Fragen an die vorliegende Studie und im weiteren Sinne auch an das Verbundvorhaben. So ist die Kernannahme, „antisemitismuskritische Bildung als [maßgebliche] Grundlage für Polizeiarbeit“ (S. 70 und 2.3) zu verstehen, auf Grundlage der empirischen Ergebnisse nicht hundertprozentig überzeugend und es bedarf m.E. weiterer Ansätze aus den Bereichen der Wertebildung und allgemeiner Professionalisierung, aber auch der Sensibilisierung für eigene Stereotype und deren Abbau. Außerdem liegt der Fokus meines Erachtens zu sehr auf den einzelnen Personen, und es fehlt in diesem Zusammenhang eine Gruppen- bzw. Teamperspektive. Die meisten Polizeibeamten arbeiten in

Teams, und Gruppendynamiken beim Auf-, aber auch beim Abbau von Vorurteilen und Stereotypen sollten nicht unterschätzt werden.

Die vorliegende Studie ist damit ein informativer erster Schritt, wenn es um Wahrnehmungen von Antisemitismus bei Polizist*innen und vor allem deren „blinden Flecken“ geht. Sie ist außerdem eine wertvolle Ergänzung zu Studien, die Ähnliches bereits für andere Gruppen von Staatsbediensteten versucht haben. Insgesamt zeigen alle diese Studien, wie groß die Handlungsunsicherheit einerseits und der Handlungsbedarf im Bereich der Sensibilisierung, Stärkung und Fortbildung all jener Berufsgruppen ist, denen eine besondere Verantwortung in den Bereichen der Antisemitismusprävention und -repression zukommt.

Literaturverzeichnis

- Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus (2022). *Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/nasas.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (2024, 20. September).
- Bernstein, J. (2020). *Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen*. Juventa
- Brauch, N. (2024). Vorwort der Reihenherausgeberin Nicola Brauch für das Projektteam. In: Grimm, M.; S. J. Jahn; J.-A. Frommer; J. Baier (Hrsg.): *Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei, S. IV-V*.
- Chernivsky, M. & Lorenz, F. (2020). *Antisemitismus im Kontext Schule. Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner Schulen. Forschungsbericht zur Studie „Umgang mit Antisemitismus im Kontext Schule“*. Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment, 2. Auflage. https://zwst-kompetenzzentrum.de/wp-content/uploads/2020/11/Forschungsbericht_2020.pdf (2024, 20. September)
- Cremer, H. (2019). *Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechts-extremen Positionen von Parteien?* Deutsches Institut für Menschenrechte. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf (2024, 20. September)
- Grimm, M., Jahn, S.J., Frommer, J.-A. & Baier, J. (2024). *Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei: Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen*. Empathia³ Working Paper Series, No.1. <https://doi.org/10.46586/E3.300> (2024, 20. September)
- Lembke, U. (2024). Antisemitismus und Justiz. Impulsvortrag am 04.03.2024 via zoom im Rahmen der internen Veranstaltung *Aktuelle rechtliche Entwicklungen zu Antisemitismus* des Forschungsnetzwerks Antisemitismus im 21. Jahrhundert (FONA-21) und ASJust TP. [Eigene Mitschrift]
- Schuch, C. (Hrsg) (2024). *Antisemitismus und Recht. Interdisziplinäre Annäherungen*. transcript
- Zachrau, K. (2024). *Antisemitismus, Recht und jüdische Perspektiven in Fortbildungen für die Justiz. Fortbildungskonzepte zwischen 2019 und 2022*. Asjust working papers, No.3 2024. <https://asjust.de/working-papers/working-paper-3/> (20.09.2024)

Kontakt | Contact

Dr. Anja Schmidt-Kleinert | Universität Bielefeld | Institut für Konflikt- und Gewaltforschung
| anja.schmidt-kleinert@uni-bielefeld.de